

**Öffentliche Niederschrift
über die Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Klimafolgenanpassung,
Planung und Kreisentwicklung am 29.06.2023 im Besprechungszimmer 325,
Kreisamt Jever, Lindenallee 1**

Beginn: 15:30 Uhr

Ende: 17:25 Uhr

Teilnehmer/innen:

Vorsitzender

Homfeldt, Axel

Mitglieder

Bergfeld, Christian

Burgenger, Uwe

Eilers, Claus

Esser, Martina

Kaiser-Fuchs, Marianne

Kühne, Lars

Ratzel, Gerhard

Recksiedler, Raimund

Wiesner, Jannes

Online-Teilnahme

Teilnehmer/in des JuPa FRI

Hans, Marcel

beratende Mitglieder (GM)

Schürgers, Uwe

Wittke, Agnes

Online-Teilnahme

stellv. Mitglieder

Neugebauer, Axel

Vertreter von Herrn KTA Haesihus

Angehörige der Verwaltung

Dehrendorf, Martin, Dr.

Frisch, Anna

Lang, Valentin

Möller, Karoline

Neuhaus, Rolf

Schiffer, Uwe

Wessels, Denise

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende **Herr Homfeldt** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Die Beschlussfähigkeit sowie die ordnungsgemäße Ladung werden festgestellt.

Bei der Sitzung sind neun Mitglieder anwesend und zwei Mitglieder sind per Videokonferenz zugeschaltet.

Herr KTA Haesihus ist abwesend und wird durch Herrn KTA Neugebauer vertreten, welcher allerdings zu Beginn der Sitzung noch nicht anwesend ist.

Zur Feststellung der Tagesordnung stellt die Gruppe CDU/ZV/UWG/WPW den Antrag, den TOP 4.2.4 zur energetischen Nutzung von Holz von der Tagesordnung zu streichen, da eine Positionierung aufgrund der gesetzlichen Regelung in Berlin inhaltlich nicht mehr erforderlich sei.

Frau KTA Esser teilt mit, dass die Mehrheitsgruppe dies anders sehe und die Positionierung erforderlich sei.

Es wird über den Antrag der Gruppe CDU/ZV/UWG/WPW abgestimmt.
Es wird mehrheitlich beschlossen den TOP 4.2.4 auf der Tagesordnung zu belassen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

Ja:	3
Nein:	7
Enthaltung:	0

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 16.03.2023 und 20.03.2023

Die Niederschriften der Sitzungen vom 16.03.2023 und 20.03.2023 werden einstimmig genehmigt.

Zu Protokollzwecken bittet der Vorsitzende **Herr Homfeldt** um Zustimmung einer Tonaufnahme. Das Gremium erklärt sich damit einverstanden.

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Ein Bürger meldet sich zu Wort und fragt, ob eine Erhebung über die Dichte der installierten Balkonkraftwerke und PV-Kapazitäten bezogen auf die Einwohneranzahl des Landkreises Friesland je 100 oder 1000 Einwohner möglich sei. Des Weiteren möchte er wissen, ob eine solche Erhebung auch in Bezug auf die Ausstattung der Haushalte mit fossilen oder erneuerbaren Heizungsanlagen möglich sei.

Herr Neuhaus antwortet, dass für den Landkreis aggregierte Zahlen zu den installierten PV-Anlagen vorliegen und geprüft werde, ob diese öffentlich zugänglich gemacht werden dürfen und über den Netzbetreiber gemeindebezogen spezifiziert werden können. Ob allerdings nach Art der PV-Anlage unterschieden werden könne, wisse er nicht. Da die Balkonkraftwerke nicht baugenehmigungspflichtig seien, könne die genaue Anzahl dieser nicht aus Sekundärdaten ermittelt werden.

Der Bürger wirft daraufhin ein, dass Balkonkraftwerke anmeldepflichtig seien.

Herr Neuhaus entgegnet darauf, dass nur Daten ermittelt werden können, die der Netzbetreiber auch vorliegen habe und der Landkreis wie vorher geschildert keine Möglichkeit hat, diese Daten selbst zu erheben. Soweit Daten aber vorliegen und veröffentlicht werden dürfen, können diese auch zur Verfügung gestellt werden. Hinsichtlich der Wärmedaten würde man prüfen was aus der kommunalen Wärmeplanung abgeleitet werden könne. Allerdings sei es hier auch zu aufwändig etwas dezidiert zu erheben.

Es gab keine weiteren Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern.

TOP 4 Berichte und Vorlagen der öffentlichen Sitzung

TOP 4.1 Berichte und Vorlagen für den Kreistag: keine

TOP 4.2 Berichte und Vorlagen für den Kreisausschuss:

TOP Sachstand zur nachhaltigen Beschaffung (Infovorlage) 4.2.1 Vorlage: 0546/2023

Durch die Beschaffung nimmt der Landkreis über die Nachfrage-Seite Einfluss auf die Angebots-Seite. Neben dem Wirtschaftlichkeitsgebot können bei Ausschreibungen auch soziale und ökologische Kriterien berücksichtigt werden. Dabei muss jedoch der rechtlich zulässige Rahmen berücksichtigt werden, wie z.B. das Diskriminierungsverbot.

In seiner Sitzung vom 21.12.2022 beschloss der Kreistag ambitionierte Treibhausgasneutralitätsziele (Vorlage Nr. 0306/2022). Gemäß dem Beschluss soll u.a. bei der Beschaffung die Verursachung von Treibhausgasemissionen bis 2030 so weit wie möglich reduziert werden: *„Die Verwaltung des Landkreises Friesland strebt bis zum Jahr 2030 die Treibhausgasneutralität an. Dies betrifft insbesondere die Bereiche „landkreiseigene Liegenschaften“ (Strom und Wärme) und „Mobilität“ (landkreiseigener Fuhrpark). In anderen Bereichen, wie Planung, Beschaffung, Besucherverkehr und Veranstaltungen, soll die Verursachung von Treibhausgasemissionen so weit wie möglich reduziert werden.“*

Durch die Zertifizierung als Fairtrade-Landkreis seit 2020 unterstreicht der Landkreis zudem die Bedeutung von sozialen Kriterien bei der Beschaffung. Während einer ganztägigen Schulung im November 2022 wurden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

des Landkreises und kreisangehöriger Kommunen Möglichkeiten aufgezeigt, soziale Kriterien bei der Beschaffung zu berücksichtigen.

Die Beschaffung unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeits-Kriterien kann mit höheren Kosten verbunden sein, wodurch ein Abwägen zwischen dem Wirtschaftlichkeitsprinzip und der Einhaltung von Nachhaltigkeits-Kriterien erforderlich ist.

Während diesem Tagesordnungspunkt stellt die Vergabestelle des Landkreises den Sachstand zur nachhaltigen Beschaffung dar.

Herr KTA Neugebauer betritt um 15:36 Uhr den Sitzungssaal.

Herr Schiffer von der Zentralen Vergabestelle stellt die Präsentation zur nachhaltigen Beschaffung vor (s. Anlage zur Niederschrift).

Herr KTA Kühne fragt, ob sichergestellt sei, dass bei der Beschaffung nicht nur nach dem TCO-Siegel gegangen werde, sondern auch Aspekte wie Qualität und Marktdominanz der Soft- und Hardware in den Entscheidungsfall mit einbezogen werden und ob die Entscheidung im Zweifelsfall für das bessere Produkt falle.

Herr Schiffer stimmt dem zu und führt die Bedeutung des TCO-Siegels aus.

Herr KTA Ratzel wirft ein, dass es nicht gesetzlich geregelt sei.

Herr Schiffer stimmt dem zu und erläutert, dass es dennoch eine Erleichterung sei nach dem TCO-Siegel zu gehen und es sich um ein Kriterium handle, welches bei Ausschreibungen angegeben wird. Herr Schiffer fährt mit der Präsentation fort. Zur Veranschaulichung für nachhaltige Produkte zeigt er das Beispiel einer Computermaus, produziert aus der Ressource Zuckerrohr.

Herr KTA Neugebauer äußert, dass man auch die Lebenszykluskosten mit einrechnen solle und führt ein Beispiel anhand der Hersteller Dell und Microsoft auf, nach welchem Dell den deutlich besseren Kundensupport habe. Demnach könne sich der Kostenfaktor um einiges mehr erhöhen.

Herr Schiffer gibt KTA Neugebauer in diesem Punkt Recht, setzt die Präsentation fort und beendet diese um 16:15 Uhr.

Der Vorsitzende **Herr Homfeldt** bedankt sich und möchte wissen, ob es Fragen gibt.

Herr KTA Kühne meldet sich zu Wort und möchte wissen, ob es Hindernisse gäbe, von denen das Gremium nichts wisse, diese aber lösen könne.

Herr Schiffer bringt ein Beispiel über die Fahrzeugbeschaffung und führt aus. Bei Anforderung eines vollelektrischen Fahrzeugs innerhalb eines gesetzten Zeitrahmens kann eine Vergabe oftmals nicht stattfinden, da die Bieter diesen Zeitrahmen nicht einhalten können und abspringen.

Herr KTA Kühne hakt bei Herrn Schiffer nach, ob das Gremium eine Möglichkeit habe, eine Arbeitserleichterung zu schaffen.

Herr Schiffer verneint dies.

Herr KTA Kühne weist Herrn Schiffer darauf hin, dass er durch diese Nachfrage die Chance nutzen könne, dass sich der Ausschuss damit beschäftigen könne eventuelle Schwierigkeiten zu beseitigen und Vorgänge zu beschleunigen.

Herr Schiffer entgegnet, dass das Problem im Marktangebot und Zeitrahmen des Marktes liege und nicht in den Beschlüssen.

Herr KTA Wiesner möchte wissen inwiefern bei der IT-Beschaffung, den Lieferketten und den Nachhaltigkeitsaspekten die ethische Betrachtungsweise eine Rolle spiele. Er führt Arbeitsbedingungen, den Schutz der Arbeitnehmer und Umweltschäden als Beispiele an und möchte zusätzlich wissen, ob es Möglichkeiten gebe dies zu überprüfen und Einsicht in die Lieferketten zu bekommen.

Herr Schiffer verweist auf das TCO-Siegel, welches als Kriterium genommen werde und auch Umweltaspekte sowie Arbeitsbedingungen berücksichtige.

Anhand des Beispiels der medizinischen Masken während der Corona-Pandemie veranschaulicht der Vorsitzende **Herr Homfeldt** die Problematik, dass Produkte um die halbe Welt transportiert werden, weil sie etwas günstiger seien als das regionale Pendant. Er erkundigt sich wie es nach Vergabeordnung so gewichtet werden könne, dass ein stärkerer regionaler Bezug hergestellt werden kann.

Herr Schiffer erkennt das Problem an und vermittelt über verschiedene Ausführungen, dass man Bieter aus anderen Ländern nicht ausschließen könne.

Dem Vorsitzenden **Herrn Homfeldt** sei dies bekannt, er gibt zu bedenken, dass man die regionalen Unternehmen auch motivieren müsse sich an Ausschreibungen zu beteiligen. Die Frage hierbei sei, inwiefern der Kreistag innerhalb der gesetzlichen Regelung überhaupt einen politischen Handlungsspielraum habe, um Herrn Schiffer/die Vergabestelle darin zu unterstützen, dieses Ziel zu verfolgen. Da der Eindruck bestehe wirtschaftlich bedeute immer billig, schlägt der Vorsitzende für das allgemeine Verständnis vor, dass dem Gremium die Ausschreibungskriterien vorgelegt werden, weil dann die Gewichtung nachvollzogen werden könne.

Herr Schiffer erklärt, dass versucht werde nicht nur nach dem Vergabekriterium Preis zu gehen, indem man andere Zuschlagskriterien höher gewichte. Dies sei, je nachdem welches Produkt beschafft werden müsse, in der Realität aber nicht immer umsetzbar.

Der Vorsitzende **Herr Homfeldt** verweist noch mal auf den zweiten Teil seiner Frage, welche Gestaltungsmöglichkeiten das Gremium im Zweifel habe.

Herr Schiffer erwidert, dass es nahezu keine Gestaltungsmöglichkeiten für das Gremium gebe. Die Vergabe könne nur über die Zuschlagskriterien gesteuert werden, aber auch dies sei mit der Realität nicht immer vereinbar, da bspw. der Sitz des Unternehmens in einem anderen Land als die Produktion liegen könnte.

Herr KTA Neugebauer fragt, ob der CO₂-Fußabdruck als Kriterium von Interesse sei, wenn es um Dienstleistungen gehe. Er nennt dafür das Baugewerbe und gibt zu bedenken, dass so im Sinne der CO₂-Neutralität darauf geachtet werden könne, dass keine langen Anfahrtswege mehr anfallen.

Herr Schiffer antwortet, es müsse in Zusammenhang mit der Sache stehen und er wisse nicht, wie man dieses Kriterium so ins Leistungsverzeichnis aufnehmen könne, dass es auch umsetzbar sei. Zudem könne man nicht im Voraus sagen, woher der Bieter stamme und in dem Punkt Vorschriften zu machen sei schwierig.

Der Vorsitzende **Herr Homfeldt** fasst zusammen, dass alles sehr komplex sei und nur ein geringer politischer Handlungsspielraum bestehe. Man könne noch einmal überprüfen, ob dieser Handlungsspielraum ausgeweitet werden könne. Herr Homfeldt verabschiedet Herrn Schiffer.

Anlage zur Niederschrift:

Sachstand nachhaltige Beschaffung

Kenntnisnahme/Empfehlung:

Der Sachstand zur nachhaltigen Beschaffung wird zur Kenntnis genommen.

Ja:	11
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP
4.2.2** **Förderung des Projekts „E-Mobilität in den See- und Sportboothäfen im Wattenmeer“
Vorlage: 0547/2023**

Neben weiteren niedersächsischen Küstenkommunen erreichte den Landkreis Friesland eine Förderanfrage zum Projekt „E-Mobilität in den See- und Sportboothäfen im Wattenmeer“ (E-MobiSS).

Das Projekt möchte der Tatsache entgegentreten, dass die Etablierung der E-Mobilität in der Klein- und Sportschiffahrt in Deutschland bisher vernachlässigt worden ist. Da die Lebensdauer von Schiffen und Booten in der Regel länger als diejenige von PKWs ist, kommt der Neubeschaffung klimafreundlicher Modelle eine wichtige Rolle zu, um die Treibhausgasneutralität bis 2050 (EU), bzw. 2045 (Deutschland) zu erreichen.

Die aktuelle Herausforderung besteht darin, dass der Kauf von elektrisch betriebenen Booten und Schiffen wegen der schlechten E-Infrastruktur unattraktiv ist, während gleichzeitig die Installation von E-Infrastruktur für die Marinebetreiber aufgrund der fehlenden Nachfrage nicht lohnenswert ist. Zudem kann die E-Mobilität im Schiffsverkehr nur gelingen, wenn es ein flächendeckendes Angebot gibt.

Mithilfe des im Projekt E-MobiSS geplanten Konzepts sollen geeignete Standorte in ausgewählten niedersächsischen Häfen identifiziert werden und verschiedene Rahmenbedingungen, wie z.B. die Tideabhängigkeit, Zugänglichkeit, Anforderungen an

den Hochwasserschutz der Stromanschlüsse und Buchungssystem beleuchtet werden. Als zentrales Projektergebnis soll ein Leitfaden erstellt werden, welcher Akteure dabei unterstützt, die sinnvollste Lösung für die Installation von E-Ladestationen in den unterschiedlichen Häfen zu finden. Dabei konzentriert sich das Projekt auf Boote und Schiffe im Dienstleistungsbereich, Wassertaxis, Tonnenleger, Vermessungsschiffe, Ver- und Entsorgungsschiffe, Behördenschiffe sowie Motorboote und Segelboote mit Motorenantrieb.

Das Projekt wird mit 80% vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr gefördert. Zur Finanzierung des Eigenanteils von 20% werden die von dem Projekt profitierenden Küstenkommunen um finanzielle Unterstützung gebeten. Die Federführung des Projekts liegt bei der „Nordseeheilbad Borkum GmbH“, welche von „Der Mellumrat e.V.“ inhaltlich unterstützt wird.

Herr Dr. Dehrendorf informiert darüber, dass der Vorhabenträger darüber benachrichtigt habe, dass der Beschlussvorschlag anders gefasst werden müsse, weil es im aktuellen Vorschlag so aussehe als verfüge der Vorhabenträger über keine Eigenmittel. Dies könne zu Problemen mit dem Fördermittelgeber führen. Es müsse so beschlossen werden, dass deutlich wird, dass der Vorhabenträger aus eigenen Mitteln in das Projekt investiere. Herr Dr. Dehrendorf verweist auf Herrn Lang, der einen anderen Vorschlag formuliert habe.

Herr Lang stellt die Änderung des Beschlussvorschlages vor: „Der Landkreis Friesland beschließt die finanzielle Unterstützung der Initiative zur Förderung der klimaneutralen Freizeitschiffahrt im Wattenmeer vom Mellumrat e. V. in Kooperation mit der Nordseeheilbad Borkum GmbH mit 2500€.“

Herr KTA Eilers erkundigt sich worin genau die 80% Förderung des Bundes bestehe und in welcher Größenordnung sich dies abspiele.

Herr Lang schildert, dass es sich um 90.000 € Gesamtausgaben handle und dementsprechend 72.000 € aus Bundesfördermitteln.

Der Vorsitzende **Herr Homfeldt** lässt über den neu formulierten Beschlussvorschlag abstimmen.

In Abänderung des Beschlussvorschlages:

Der Landkreis Friesland beschließt die finanzielle Unterstützung der Initiative zur Förderung der klimaneutralen Freizeitschiffahrt im Wattenmeer vom Mellumrat e. V. in Kooperation mit der Nordseeheilbad Borkum GmbH mit 2.500 €.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Ja:	11
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP Sachstand zur kommunalen Wärmeplanung (Infovorlage)
4.2.3 Vorlage: 0548/2023

In der Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Klimafolgenanpassung, Planung und Kreisentwicklung am 14.06.2022 wurde zuletzt der Sachstand zur kommunalen Wärmeplanung vorgestellt (Vorlagen Nr. 0221/2022).

In der Zwischenzeit ist dem Beschluss Nr. 0222/2022 folgend das Solar- und Grundachkataster um ein Geothermiepotenzialkataster erweitert worden. Zudem wurde bei der IP SYSCON GmbH, welche an der Durchführung der kommunalen Wärmeplanung maßgeblich beteiligt war, ein Angebot eingeholt, bei welchem in einem Online-Workshop den Kommunen die erzeugten Daten aus der Wärmeplanung erläutert werden würden. Allerdings haben nur zwei Kommunen Interesse an einer zeitnahen Durchführung des Workshops zurückgemeldet, eine weitere wünschte sich einen späteren Zeitpunkt und von den anderen Kommunen gab es keine Rückmeldungen.

Auf der rechtlichen Ebene zur Erstellungspflicht von kommunalen Wärmeplänen herrscht derzeit große Dynamik. Gemäß der Novelle des Niedersächsischen Gesetzes zur Förderung des Klimaschutzes und zur Minderung der Folgen des Klimawandels aus dem letzten Jahr müssen laut § 20 Gemeinden, in denen ein Ober- oder Mittelzentrum liegt, bis zum 31. Dezember 2026 Wärmepläne erstellen. Dies betrifft im Landkreis die Städte Jever und Varel. Inwieweit die beiden Städte auf die kommunale Wärmeplanung der Landkreise Friesland und Wittmund zurückgreifen können, kann derzeit nicht abschließend bewertet werden, da für dieses Jahr erneut eine Novellierung des Niedersächsischen Gesetzes zur Förderung des Klimaschutzes und zur Minderung der Folgen des Klimawandels vorgesehen ist. Parallel dazu wird auf Bundesebene an einem Gesetz für die Wärmeplanung zur Dekarbonisierung der Wärmenetze gearbeitet. Dieses Gesetz könnte ggf. dazu führen, dass weitere Kommunen im Landkreis zur Erstellung eines Wärmeplans verpflichtet werden könnten. Welche Informationen die Wärmepläne enthalten müssen, hängt von den Beschlüssen auf Bundes- und Landesebene ab.

Herr Lang führt die Vorlage aus.

Frau KTA Esser bedankt sich für den Zwischenstand und betont, dass der Landkreis seine Aufgaben bezüglich der kommunalen Wärmeplanung erfüllt habe und nun die Städte und Gemeinden am Zuge seien. Sie weist darauf hin, dass es erhebliche Fördermittel gibt, welche insbesondere für die Kommunen sehr hoch seien, die nicht verpflichtet sind, eine Planung durchzuführen. Von Seiten des Kreises unterstütze sie die schnelle Vorbereitung der Wärmeplanung, damit man den Bürgern Planungssicherheit geben könne. Frau KTA Esser möchte die Kommunen ermutigen, sich trotz fehlender Verpflichtung aktiv einzubringen.

KTA Burgenger merkt an, dass die kommunale Wärmeplanung im März 2022 in einer gemeinsamen Sonderausschusssitzung mit dem Landkreis Wittmund präsentiert wurde. Nun könne er diese Präsentation aber nirgends mehr finden.

Der Vorsitzende **Herr Homfeldt** nimmt dies zu Protokoll.

Anlage zur Niederschrift:

Präsentation LK FRI LK WTM

Kenntnisnahme/Empfehlung:

Der Sachstand zur kommunalen Wärmeplanung wird zur Kenntnis genommen.

Ja:	11
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP Positionierung zur energetischen Nutzung von Holz **4.2.4 Vorlage: 0549/2023**

Ausgangslage:

In einem Schreiben vom Mai 2023 an den Landkreis Friesland bezieht die Forstbetriebsgemeinschaft Ems-Jade Stellung zum neuen Gebäudeenergiegesetz. Die Forstbetriebsgemeinschaft Ems-Jade vereint Besitzer von Privatwäldern in den Landkreisen Aurich, Friesland, Leer und Wittmund sowie in den Städten Emden und Wilhelmshaven. Die Forstbetriebsgemeinschaft kritisiert in dem Brief, dass der aktuelle Gesetzesentwurf ein „Frontalangriff gegen die Holzenergie“ sei, da es einem enteignungsähnlichen Eingriff gleichkäme, das eigene Holz energetisch nicht mehr nutzen zu dürfen. Dabei werden im Schreiben vier Punkte genannt, welche laut dem Gesetzesentwurf ab Januar 2024 gelten sollen, wie z.B., dass Holz nicht als erneuerbare Energiequelle für das 65%-Ziel im Neubau anerkannt werden soll.

Die Forstbetriebsgemeinschaft Ems-Jade bittet darum, sechs beigelegte vorformulierte Briefe an die Bundestagsabgeordneten aus der Region zu senden. Die Abgeordneten werden in den Briefen dazu aufgefordert, den Gesetzesentwurf im parlamentarischen Verfahren dahingehend abzuändern, dass das Holz privater Forstbesitzer weiterhin uneingeschränkt zu Heizzwecken genutzt werden darf.

Der Landkreis Friesland muss darüber entscheiden, ob der Bitte nachgekommen und damit die formulierte Position in dem Schreiben unterstützt werden soll.

Fachlicher Sachstand:

Zu den Auswirkungen der energetischen Nutzung von Holz auf den Klimawandel gibt es unterschiedliche Positionen. Eine landläufige Annahme ist, dass das Heizen mit Holz treibhausgasneutral sei, da es sich bei Holz um eine nachwachsende Ressource handele.

Allerdings schreibt das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV)¹ auf seiner Seite explizit: „Heizen mit Holz ist entgegen der weit verbreiteten Meinung nicht klimaneutral.“ Laut BMUV sind die CO₂-Emissionen pro produzierter Wärmeeinheit sogar höher als bei fossilen Energieträgern.

Das Umweltbundesamt (UBA)² erläutert, dass bei der Verbrennung von Holz zudem gesundheitsgefährdende Luftschadstoffe, klimaschädliches Methan, Lachgas und Ruß entstehen. Die genaue Klimabilanz hänge jedoch von mehreren Faktoren ab, wie z.B.

¹ <https://www.bmuv.de/heizen-mit-holz/umwelt/klimaauswirkungen-von-heizen-mit-holz>

² https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2020_heizen_mit_holz_bf.pdf

welches Holz verwendet wird, woher das Holz kommt und welche Feuerstätte verwendet wird.

Befürworter³ der Holzverbrennung argumentieren, der Wald nehme jährlich genauso viel oder sogar mehr CO₂ auf, als das was pro Jahr durch die Holzverbrennung an CO₂ freigesetzt werden würde. Dem entgegnet das BMUV, dass dies eine vereinfachende Annahme sei. Der Annahme zufolge würde die durch den Wald erfolgende Kohlenstoff-Speicherung automatisch dem Ausgleich der CO₂-Emissionen aus der Holzverbrennung zur Verfügung stehen. Tatsächlich finde die Kohlenstoff-Speicherung jedoch unabhängig von der Holzverbrennung statt und sollte für den Ausgleich nicht vermeidbarer CO₂-Emissionen genutzt werden.

Das BMUV empfiehlt stattdessen die stoffliche Nutzung von Holz für langlebige Holzprodukte dem Verbrennen vorzuziehen, da der gespeicherte Kohlenstoff somit länger gespeichert bleiben würde. Nur anfallende Alt- und Resthölzer sowie Sägespäne, welche nicht anderweitig verarbeitet werden können, sollten für die Wärmeversorgung in Betracht kommen, wobei in privaten Haushalten nur unbehandeltes Holz zum Heizen verwendet werden dürfe.

Laut dem Projektabschlussbericht zur kommunalen Wärmeplanung im Landkreis Friesland sollte nur ein Drittel des jährlichen Holzzuwachses der Wälder im Landkreis energetisch genutzt werden, sofern eine nachhaltige Nutzung des Holzzuwachses beabsichtigt sei.

Zum energetisch nutzbaren Holzpotential im Landkreis heißt es:

„Bei Nutzung des nachhaltig entnehmbaren Holzes mittels KWK besteht im Landkreis Friesland ein Potenzial von 6.408 MWh/a. Bei ausschließlicher Wärmenutzung liegt das nutzbare Potenzial mit 12.397 MWh/a knapp doppelt so hoch. Ein Vergleich mit der bereits aktuell in Holzheizungen im Landkreis Friesland erzeugten Wärmemenge (vgl. Kapitel 6) ist jedoch festzustellen, dass mit 47.237 MWh/a bereits mehr als das zur Verfügung stehende Potenzial genutzt wird. Die folgende Grafik (Abbildung 9-6) verdeutlicht das Ungleichgewicht.“

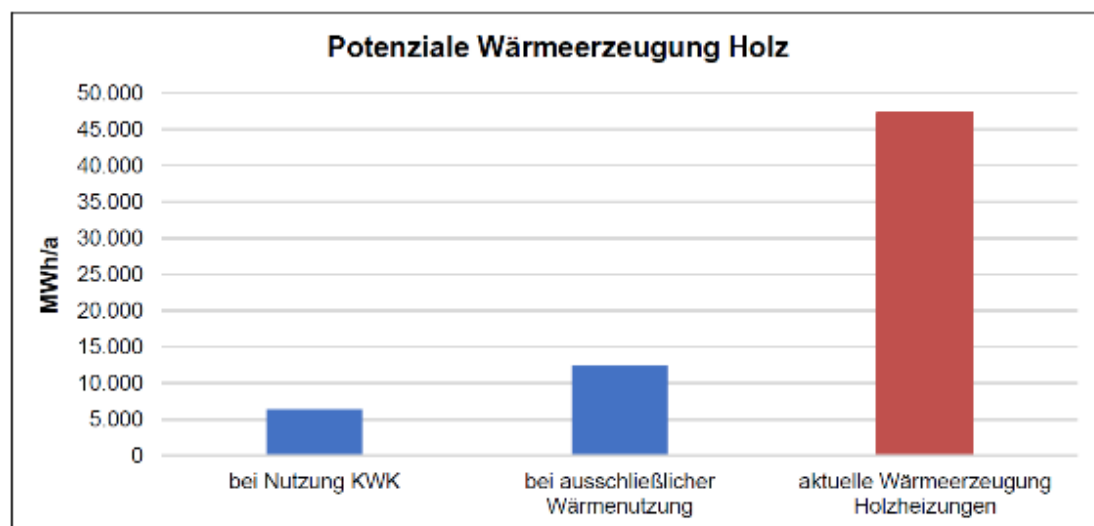


Abbildung 9-6: Potenziale Wärmeerzeugung Holz Landkreis Friesland (Quelle: IP SYSCON GmbH)

Positionierung:

Wie die vorherigen Ausführungen zeigen, hängt die Klimabilanz der energetischen

³ <https://www.tagesschau.de/inland/holz-klimaneutral-101.html>

Nutzung von Holz von unterschiedlichen Faktoren (Holzbezug, Feuerstätte ...) und der Bilanzierungsperspektive ab. Die Treibhausgasemissionen, welche bei der Verbrennung von Holz für die Wärmeerzeugung entstehen, ließen sich durch eine andere Wärmeerzeugung, wie z.B. Wärmepumpen, vermeiden/reduzieren. Dagegen werden manche Emissionen in der Landwirtschaft und Industrie nicht vollständig zu vermeiden sein, wie z.B. der Methanausstoß bei der Rinderhaltung. Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoller die Senkenfunktion des Waldes als Ausgleich für die nicht vermeidbaren Emissionen zu nutzen und nicht der energetischen Holznutzung zuzuschlagen.

Holz sollte vorzugsweise stofflich genutzt werden, beispielsweise als Bauholz, um die CO₂-Speicherung in langlebigen Holzprodukten zu nutzen. Nicht anderweitig verwertbares Holz, z.B. Restholz oder Kalamitätenholz, welches keine Verwendung in Sägewerken findet, wäre für die energetische Nutzung hingegen sinnvoller.

Zudem wird laut den Berechnungen innerhalb der kommunalen Wärmeplanung im Landkreis das zur Verfügung stehende Potenzial für die nachhaltige Wärmeerzeugung durch Holz bereits überschritten.

Daher wird empfohlen, dass der Landkreis nur die energetische Nutzung von Holz unterstützt, welches nicht anderweitig verwertet werden kann und anderenfalls die stoffliche Nutzung von Holz für die Produktion langlebiger Produkte der energetischen Nutzung vorzuziehen. Dieser Positionierung zufolge könnte der Forderung der Forstbetriebsgemeinschaft Ems-Jade nicht gefolgt werden, Holz auch zukünftig „uneingeschränkt“ zu Heizzwecken nutzen zu dürfen.

Zu Beginn macht **Herr Dr. Dehrendorf** noch mal deutlich, dass es sich nur um eine Unterstützung für eine fachliche Positionierung mit der Folge dem Wunsch der Forstbetriebsgemeinschaft Ems-Jade nicht nachzukommen und einen vorgefertigten Brief an die Bundestagsabgeordneten zu schicken handle, welche nicht bedeute Holzheizungen aus fachlicher Sicht nicht zu empfehlen oder als problematisch anzusehen.

Frau KTA Esser begrüßt den Vorschlag der Verwaltung und fasst die Positionierung in Einfachheit so zusammen, dass Bäume in den Wald und nicht verheizt gehören würden. Wenn dies nicht möglich sei, sollte das Holz möglichst verbaut werden und nur als allerletzte Maßnahme solle man das Holz verheizen. Da dies nicht klimaneutral sei, dürfe man es durchaus kritisch sehen.

Da sich der Vorsitzende **Herr Homfeldt** inhaltlich äußern möchte, gibt er seinen Vorsitz für diesen TOP während der Beratung an **Herrn KTA Kühne** ab.

Herr KTA Homfeldt meint, dass dies ein Punkt sei, bei dem Vision auf Realität treffe. Die inhaltliche Positionierung habe in dieser Festlegung für den Landkreis Friesland direkte Konsequenzen. Um diese aufzuzeigen führt er das konkrete Beispiel Schulschwimmen an, da das Schortenser Hallenbad zu 75% mit Holz beheizt werde und wenn die Positionierung so beschlossen werde, könne man kein Schulschwimmen mehr betreiben, weil man das Hallenbad nicht mit Restholz beheizen könne. Herr KTA Homfeldt weitet das Beispiel noch auf andere landkreiszugehörige Einrichtungen aus und merkt an, dass es die nächsten fünf bis zehn Jahre ohne Holz nicht funktioniere. Es müsse erst klar sein, ob der Energiebedarf des Nahwärmebereichs bspw. mit Geothermie gedeckt werden könne. Er schließt sich dem an, dass der Brief der Forstbetriebsgemeinschaft nicht unterstützt werden müsse, halte aber eine pauschale Vorfestlegung für falsch und positioniere sich deswegen dagegen.

Frau KTA Esser entgegnet, dass sich ihre Äußerung nicht auf bestehende, sondern auf künftige Anlagen beziehe und führt aus, dass das Umweltbundesamt geäußerte habe, dass die CO₂-Bilanz von Pellets nicht positiv zu bewerten sei und sie es insofern kritisch sehen dürfen wolle. Man könne dennoch unter Voraussetzung dieser Berücksichtigung abwägen. Die Feststellung sei sachlich jedoch nicht zu beanstanden und deswegen wolle sie dem zustimmen.

Herr KTA Homfeldt stört sich daran, dass das bundespolitisch diskutierte Thema nun auf lokaler Ebene aufgegriffen werde und ist der Meinung, dass dies den Fortschritt bei zukunftsweisenden Lösungen behindere. Im Ergebnis bedeute dies, die Nutzung von Gas auf unbestimmte Zeit zu verlängern. Dies sei nicht pragmatisch. Er sei mit einer Kenntnisnahme einverstanden, aber nicht mit einem Beschluss, weil dieser dann auch Konsequenzen haben und umsetzbar sein müsse.

Herr KTA Neugebauer macht darauf aufmerksam, dass sich dieser Beschluss auf sehr viele private Haushalte auswirke, dass manche Haushalte auf einen Holzofen zum Heizen angewiesen seien und dass man somit in private Interessen eingreifen würde.

Herr KTA Burgenger findet, dass es um eine grundsätzliche Positionierung gehe und äußert seine Besorgnis darüber, dass wertvolles Holz verbrannt anstatt anderweitig genutzt werde. Er betont die Notwendigkeit eines Umdenkens bezüglich der CO₂-Emissionen und meint, dass das derzeitige Nahwärmenetz langfristig nicht nur mit Holz beheizt werden könne. Herr KTA Burgenger fordert konkrete Maßnahmen, um von fossilen Brennstoffen wegzukommen und betont die Bedeutung von Taten statt Worten. Jedoch schließe er nicht aus, dass man bestehende Lösungen weiterhin nutzen könne, solange diese im Zusammenhang mit einer umweltfreundlichen Strategie stehen würden.

Frau KTA Esser bemerkt ausdrücklich, dass man nicht in private Interessen eingreifen wolle, sondern dass es sich lediglich um eine Positionierung handle, die man aus Vernunftsgründen auch einnehmen solle.

Herr KTA Ratzel bittet die Verwaltung darum, die Vorlage zurückzuziehen.

Herr KTA Homfeldt betont, dass es nur eine Übergangs- und keine Endlösung sein solle. Zudem könne die öffentliche Wahrnehmung ein Problem darstellen, da ein Handeln gegen den Beschluss, sollte dieser gefasst werden, Fragen aufwerfen könne. Herr KTA Homfeldt erklärt, dass es wichtig sei, glaubwürdig zu sein und schließt sich daher dem Vorschlag von Herrn KTA Ratzel an.

Herr JuPa Hans versteht nicht, was dagegen spreche eine klare Positionierung einzunehmen. Er ist der Meinung, dass eine solche aus Sicht des Jugendparlaments und allen Menschen die noch lange auf der Erde leben müssen ein sehr positives Signal vermittele.

Herr Lang betont, dass es bei der Vorlage nicht darum gehe, die Nutzung von Holz zu verbieten, sondern festzustellen, ob die Nutzung von Holz treibhausgasneutral ist. Anhand eines Praxisbeispiels hebt er die Wichtigkeit dieser Positionierung hervor, da diese Orientierung beim Setzen von Prioritäten in der Verwaltung geben könne. Es

wird in der Vorlage betont, dass die Verwendung von Holz nicht abgelehnt werde, sondern dass Holz nur energetisch genutzt werden solle, wenn dieses nicht anderweitig verwendet werden könne. Zudem weist Herr Lang darauf hin, dass die Vorlage nicht gegen die Holzwirtschaft gerichtet sei, sondern dass Holz für langlebige Produkte genutzt werden solle, um langfristig CO₂ zu speichern.

Herr KTA Schürgers äußert sich unzufrieden über die Unstimmigkeiten hinsichtlich der Effektivität im Bereich erneuerbarer Energien und ärgert sich darüber, dass der Landkreis Friesland trotz dieser Unstimmigkeiten eine führende Position in diesem Bereich einnehmen wolle und sich damit auch festlegen würde. Er bittet die Verwaltung darum, die Vorlage zurückzuziehen.

Herr KTA Neugebauer schlägt vor, einen Vertreter der Forstwirtschaft einzuladen, um zu klären, nach welchen Kriterien Bäume verkauft werden, die als Feuerholz oder Bauholz genutzt werden. Er betont, dass es wichtig sei, wirtschaftliche Interessen im Blick zu behalten und weist darauf hin, dass die Abholzung von Bäumen auch notwendig sei, damit der Wald sich regenerieren könne. Zudem warnt er davor, wie dieser Beschluss von der Öffentlichkeit aufgenommen werden könne.

Herr KTA Wiesner betont, dass der Beschlussvorschlag keine Verbote oder Vorschriften beinhalte, sondern lediglich den aktuellen wissenschaftlichen Stand zum Holzeinsatz zur Wärmeerzeugung darlege. Er fordert, dass sich die Politik am Stand der Wissenschaft orientieren solle und sieht keine Grundlage für die Aufregung um den Beschlussvorschlag. Er ist der Meinung, dass die Bürger*innen in der Lage seien, den Beschluss zu verstehen und schließt sich Frau KTA Esser an.

Frau KTA Esser verzichtet auf ihren Beitrag, da Herr KTA Wiesner schon alles ausgeführt habe.

Herr Dr. Dehrendorf bekennt, dass man den Beschlussvorschlag auch so interpretieren könne, dass man sich daran binde. Aus diesem Grund habe er den Beschlussvorschlag so umformuliert, dass eine fachliche Positionierung, aber keine Bindung stattfinde. Herr Dr. Dehrendorf stellt den abgeänderten Beschlussvorschlag vor.

Herr KTA Bergfeld schließt sich Herrn KTA Wiesner komplett an und verweist noch mal auf den von Herrn Lang ausgeführten Punkt bezüglich der eigentlichen Aussage des Beschlussvorschlags.

Herr KTA Schürgers möchte verhindern, dass sich der Beschluss verselbstständige und plädiert daher weiterhin für eine Rücknahme seitens der Verwaltung.

Herr KTA Homfeldt verweist auf den Beschlussvorschlag von Herrn Dr. Dehrendorf, führt die Begründung für alle noch mal aus und hebt hervor, dass diese eindeutig sei. Er äußert sich kritisch dazu, dass man bestimmte Einrichtungen nicht nur mit Holzabfällen heizen könne, wolle sich nun aber auf den Vorschlag von Herrn Dr. Dehrendorf konzentrieren, da er diesen als einzigen Ausweg aus dieser Debatte ansehe.

Der Vorsitzende **Herr Kühne** fängt an zusammenzufassen und erwähnt dabei den Antrag von KTA Ratzel die Beschlussvorlage von der Tagesordnung zu nehmen.

Herr KTA Ratzel wirft ein, dass er keinen Antrag gestellt, sondern lediglich darum gebeten habe, dass die Verwaltung die Vorlage zurückzieht. Ergänzend fügt er hinzu, dass er den Vorschlag von Herrn Dr. Dehrendorf mittragen könne.

Der Vorsitzende **Herr Kühne** beginnt damit zwei Möglichkeiten auszuführen.

Herr KTA Ratzel erkundigt sich, ob er es richtig verstanden habe, dass die Verwaltung die Vorlage nicht zurückziehe und weist darauf hin, dass dann ein Kompromiss gefunden werden müsse.

Herr Dr. Dehrendorf stellt klar, dass die Verwaltung unter der Voraussetzung, dass Konsens besteht, die Vorlage auch zurückziehen könne. Er weist darauf hin, dass dafür ein Auftrag vom Gremium nötig sei.

Herr KTA Neugebauer stellt den Antrag die Vorlage von der Tagesordnung zu nehmen.

Der Vorsitzende **Herr Kühne** möchte darüber abstimmen.

Herr KTA Homfeldt wirft ein, dass es die Entscheidung der Verwaltung und nicht des Ausschusses sei.

Herr Dr. Dehrendorf äußert, dass er dies nicht machen könne, da es zu viele Stimmen aus der Politik gibt, die der Vorlage zustimmen.

Der Vorsitzende **Herr Kühne** bemerkt, dass die Vorlage dann auf der Tagesordnung verbleibe und fragt das Gremium, ob nun abgestimmt werden könne oder ob die Vorlage noch verändert werden solle. Er bittet um ein Signal.

Frau KTA Esser schlägt vor der in der Begründung formulierten fachlichen Positionierung zuzustimmen und dass die Verwaltung darum gebeten werde das Schreiben zu beantworten.

Der Vorsitzende **Herr Kühne** wirft ein, dass damit die gesamte Begründung weg falle.

Herr Dr. Dehrendorf erklärt, dass die Begründung bestehen bleibe, weil sich sein Vorschlag auf diese beziehe und dass der Beschlussvorschlag nur präzisiert werde.

Der Vorsitzende **Herr Kühne** bitte Herrn Dr. Dehrendorf darum den geänderten Beschlussvorschlag erneut vorzulesen.

Herr Dr. Dehrendorf liest den geänderten Beschlussvorschlag erneut vor.

Der Vorsitzende **Herr Kühne** lässt über den modifizierten Vorschlag von Herrn Dr. Dehrendorf abstimmen und gibt den Vorsitz wieder an Herrn KTA Homfeldt zurück.

In Abänderung des Beschlussvorschlages:

Der in der Begründung formulierten fachlichen Position wird grundsätzlich zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt das Schreiben der Forstgemeinschaft Weser-Ems in diesem Sinne zu beantworten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Ja:	7
Nein:	0
Enthaltung:	4

TOP 5 Berichte aus anderen Gremien

keine

TOP 6 Informationen aus dem Jugendparlament

keine

TOP 7 Mitteilungen der Verwaltung

keine

TOP 7.1 Bericht des Beauftragten für Klimaschutz und Klimaanpassung

Herr Lang berichtet darüber, dass nun die Klimastellen für die Verwaltung und Fördermittelakquise besetzt seien. Die Stelle des Klimaanpassungsmanagers werde ab Juli besetzt sein. Zudem informiert Herr Lang darüber, dass die Klima-Seite des Landkreises komplett überarbeitet, aktualisiert und kompakter gestaltet wurde. Er berichtet außerdem von der Veranstaltung LandFAIRgnügen Altmarienhausen, welche am 24. Juni stattfand und durch die Steuerungsgruppen Friesland und Wilhelmshaven organisiert worden sei. Es habe Stände zu den Themen Nachhaltigkeit und Fairtrade gegeben und der stellvertretende Landrat Rainer Tammen sei bei der Eröffnung anwesend gewesen. Außerdem berichtet er über die gemeinsame Wärmepumpen-Veranstaltung mit der EWE und der Stadt Schortens welche am 12. Juli im Bürgerhaus Schortens stattfinden solle. Dort werde der Landrat durch Herrn Dr. Dehrendorf vertreten. Des Weiteren kommt Herr Lang auf die Veranstaltung Friesischer Klimatag zu sprechen und informiert darüber, dass das gesamte Bürgerhaus Schortens ganztägig für den 19. September gebucht werden konnte, er allerdings die Bitte erhalten habe den Termin zu verschieben. Da ein anderer ganztägiger Termin zur Nutzung des gesamten Bürgerhauses jedoch nicht möglich sei, gebe es nur die Möglichkeiten den Termin beizubehalten, den Termin ins nächste Jahr zu verschieben oder einen anderen Veranstaltungsort zu wählen. Zudem habe sich der Zeitrahmen von einer halbtägigen in eine ganztägige Veranstaltung geändert, da sich der Teilnehmerkreis deutlich erweitert habe. Außerdem habe es eine Ausschreibung für einen externen Dienstleister gegeben, der bei einer professionellen Durchführung unterstützen solle und die Angebotsfrist sei in dieser Woche geendet.

Der Vorsitzende **Herr Homfeldt** macht mit Nachdruck darauf aufmerksam, dass die kommunalen, ehrenamtlichen Mandatsträger keine Tagesveranstaltung an Werktagen wahrnehmen können, weil die meisten einer hauptberuflichen Tätigkeit nachgehen würden. Der Friesische Klimatag solle dazu dienen, dass sich die Mandatsträger zum Thema Klima austauschen und vernetzen können, um in diesem weiterzukommen und das gehe nicht, wenn die Wenigsten daran teilnehmen können. Eine Terminverlegung ins nächste Jahr sehe der Vorsitzende Herr Homfeldt allerdings auch nicht, da man sonst zu viel Zeit verlieren würde.

Herr Dr. Dehrendorf meldet sich zur Klärung zu Wort und führt aus, dass die Alternativtermine des Bürgerhauses mit anderen Veranstaltungen kollidieren würden und dass bei so großen Veranstaltungsorten häufig die Wochenenden ausgebucht seien. Zudem überrasche ihn der Gegenwind, da es schon öfter Veranstaltungen an Werktagen gegeben habe zu denen die Mandatsträger eingeladen gewesen seien. Alternativ müsse man einen anderen Veranstaltungsort wählen. Als Beispiel nennt er das Kurhaus in Horumersiel, macht auf damit verbundene Einschränkungen aufmerksam und sagt, dass diese Entscheidung beim Gremium liege.

Als beratendes Mitglied des Gremiums merkt **Frau KTA Wittke** an, dass sie schon seit sieben Jahren im Kreistag sei, sehr viele Veranstaltungen besucht habe und bisher unabhängig von Wochenende oder Werktag immer nur eine geringe Anzahl an Mandatsträgern anwesend gewesen sei.

Frau KTA Esser stimmt Frau Wittke zu und teilt dem Vorsitzenden Herrn Homfeldt mit, dass sie seinen scharfen Ton als sehr störend empfunden habe, dass dieser nicht angemessen gewesen sei und er auch nicht für alle sprechen könne.

Der Vorsitzende **Herr Homfeldt** nimmt dies zur Kenntnis und fragt nach weiteren Wortmeldungen.

Herr Dr. Dehrendorf fragt, ob der Ausschuss einen anderen Veranstaltungsort wünsche und ob der Termin auf ein Wochenende fallen solle.

Der Vorsitzende **Herr Homfeldt** möchte wissen, ob dies Konsens sei.

Frau KTA Esser schlägt vor dies zu doodlen.

Herr Neuhaus weist darauf hin, dass der Teilnehmerkreis für eine solche Umfrage zu groß sei und schlägt vor den Samstag vor oder nach dem 19. September in Betracht zu ziehen, um logistische Probleme zu vermeiden. Er fügt hinzu, dass die Wahl des Veranstaltungsraumes für ungestörte Diskussionsrunden wichtig sei und daher das Bürgerhaus favorisiert werde. Zudem sei dieses auch sehr gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar.

Frau KTA Esser erkundigt sich, ob die Ausschussmitglieder am 19. September wirklich keine Zeit hätten und merkt an, dass es genauso eine Zumutung für die Verwaltungsmitglieder sei, am Wochenende zu arbeiten.

Herr KTA Kühne gibt an, dass es für ihn schwer sei, einen ganzen Arbeitstag ohne Ersatz für seinen Arbeitgeber zu fehlen. Es sei eine zu große Belastung seines Arbeitgebers.

Der Vorsitzende **Herr Homfeldt** fasst zusammen, dass ein werkfreier Tag und ein passender Veranstaltungsort ermittelt werden solle, damit das Ganze kurzfristig abgestimmt werden könne.

Herr Lang möchte wissen was mit kurzfristig abstimmen gemeint sei und weist darauf hin, dass der Dienstleister auch informiert werden müsse.

Der Vorsitzende **Herr Homfeldt** macht darauf aufmerksam, dass die Verwaltung dies abstimme.

Herr Neuhaus macht noch mal deutlich, dass der Samstag vor und nach dem 19. September geprüft werde, dass man eruieren müsse welchen Veranstaltungsort man bekommen könne und dass man alles andere mit dem Dienstleister schon bewältigen könne.

Der Vorsitzende **Herr Homfeldt** sagt aus, dass der Arbeitsauftrag nun klar und konsensfähig sei und bittet Herrn Lang darum, mit dem Bericht fortzufahren.

Herr Lang berichtet über die Veranstaltungen im Rahmen von „Sternenfunkeln über Friesland“, die im November einmal für die Kommunen und einmal für die Bürger, aber voraussichtlich am gleichen Tag, organisiert werden. Abschließend berichtet er über die Starkregengefahrenkarten, von welchen es zukünftig zwei für die Region geben werde. Eine könne seit kurzem vom OOWV für 2.700 € käuflich erworben werden, welche der Landkreis auch beschaffen wolle. Herr Lang weist darauf hin, dass dabei wichtig zu wissen sei, dass diese nur vom Landkreis genutzt werden könne und nicht an die Kommunen weitergegeben werden dürfe. Die OOWV Schmutzwasserkommunen würden die Karte automatisch über die Schmutzwassergebühr zahlen, während die anderen Kommunen selbst entscheiden müssen, ob die Karte für den selben Preis, den der Landkreis zahlt, gekauft werden solle.

Der Vorsitzende **Herr Homfeldt** möchte wissen, woher die Kommunen diese Information bekommen.

Herr Lang antwortet, dass der Landkreis die Kommunen darüber informiere.

Der Vorsitzende **Herr Homfeldt** betont, dass ihm nur wichtig sei, dass die Kommunen diese Informationen bekommen, damit diese in den jeweiligen Fachausschüssen über den Kauf der Karte entscheiden können.

Herr Lang verweist darauf, dass er darauf noch eingehe und berichtet von der zweiten Karte, welche das Bundesamt für Kartografie und Geodäsie für gesamt Deutschland erstelle. Diese Starkregenrisikokarte solle im Laufe des nächsten Jahres kostenfrei zur Verfügung stehen. Herr Lang sei dabei eine Veranstaltung am 08. September für die Kommunen-Mitarbeiter zu organisieren, bei welcher der NLWKN die Starkregenrisikokarte vorstelle. Auch der OOWV wolle seine Starkregengefahrenkarte vorstellen. Dies biete eine gute Entscheidungsgrundlage für die Kommunen. Damit beendet Herr Lang seinen Bericht.

Der Vorsitzende **Herr Homfeldt** bedankt sich bei Herrn Lang und geht zum nächsten TOP über.

TOP 8 Anträge der Fraktionen, Gruppen und Kreistagsabgeordneten

keine

TOP 9 Anfragen nach § 11 der Geschäftsordnung

keine

TOP 10 Anregungen und Beschwerden

keine

Der Vorsitzende **Herr Homfeldt** beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:24 Uhr.

gez. Axel Homfeldt
Vorsitzender

gez. Denise Wessels
Protokollführerin